

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/30

Bonn, den 13. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Im Dienste der Friedenssicherung</u>	74

Nach der USA-Reise des deutschen Außenministers

3 - 3a	<u>Weg mit den "Reptilienfonds" !</u>	65
--------	---------------------------------------	----

Auch hier muß die neue Regierung Klarheit schaffen

Von Joachim Raffert, MdB

4 - 5	<u>"Profil sucht man nicht, man hat es !"</u>	62
-------	---	----

Kiesinger stach in Oberhausen in ein Wespennest

Von Dr. E. Eckert

6	<u>Architekt moderner Sozialpolitik</u>	51
---	---	----

Zum 70. Geburtstag von Professor Ludwig Preller

+ + +

## Im Dienste der Friedenssicherung

---

### Nach der USA-Reise des deutschen Außenministers

sp - Der kurze Aufenthalt des deutschen Außenministers Willy Brandt in den USA und der Verlauf der dort mit Präsident Johnson, Außenminister Dean Rusk, Verteidigungsminister McNamara und dem UNO-Generalsekretär U Thant geführten Gespräche lassen erkennen, daß offene Worte und die klare Vertretung unserer Interessen der Festigung der deutsch-amerikanischen Freundschaft dienlich sind und das gegenseitige Vertrauen stärken. Dieser neue Stil der deutschen Außenpolitik wird in den USA respektiert, zumal er von einem Mann geprägt ist, dessen großes persönliches und politisches Ansehen in den Vereinigten Staaten seit langem feststeht.

Brandt führte in Washington, New York und Chicago keine Verhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses von Verträgen. Seine Gesprächspartner und er erörterten eine Reihe von Problemen in Form eines Gedankenaustausches, bei dem die Standpunkte der beiden Regierungen zu mehreren Fragen der internationalen Politik erläutert wurden.

Die deutsche und internationale Presse hat über die einzelnen - besonders in Washington erörterten - Themen ausführlich berichtet und hierbei u. a. angedeutet, daß bereits ein fertiger zwischen den USA und der Sowjetunion "ausgehandelter" Vertrag über ein Abkommen zur Nichtweitergabe von Atomwaffen vorliegen soll. Das ist nicht richtig. Tatsache ist, daß die amerikanische Regierung den deutschen Außenminister über ihre Vorstellungen zu einem solchen Vertrag unterrichtet hat wobei in der Beurteilung der Grundidee des angestrebten Abkommens in zwei wesentlichen Punkten völlige Übereinstimmung festgestellt werden konnte.

- \* 1. Der Vertrag soll und muß in seiner Zielsetzung die allgemeinen Abrüstungsbestrebungen fördern und der Friedenssicherung dienen.
- \* 2. Der Vertrag soll und darf denjenigen Staaten, die über keine Kernwaffen verfügen, nicht den Weg zum allgemeinen technologischen Fortschritt verbauen.

Außenminister Brandt fand bei seinen Gesprächspartnern volles Verständnis für den Hinweis darauf, daß diese Überlegungen keineswegs "spezifisch deutsch" sind, sondern von allen Staaten geteilt werden, die über keine Kernwaffen verfügen und die aufgefordert werden sollen, den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu unterzeichnen.

Es ist selbstverständlich, daß noch ein weiter Weg zurückgelegt werden muß, bis in Expertenberatungen und Konsultationen die zahlreichen Fragen geklärt werden können, die sich in der Praxis bei Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen für alle Beteiligten ergeben würden. Jedenfalls konnte Außenminister Brandt aus den USA die Zusicherung mitbringen, daß alle Aspekte eines solchen Vertrages gemeinsam geprüft und daß auch die Sicherheitsprobleme der Bundesrepublik hierbei ihre Beachtung finden werden.

Zu den Devisenausgleichszahlungen der Bundesrepublik an die USA mußte Brandt seinen Gesprächspartnern erklären, daß die gegenwärtige Haushaltslage es nicht gestattet, weitergehende Verpflichtungen zu übernehmen, als jene, die von früheren Bundesregierungen eingegangen worden sind. Erfreulich ist, daß die Amerikaner nicht beabsichtigen, etwa aus diesem Grund ihre Verteidigungsbereitschaft und -kraft in Europa zu reduzieren. Es herrschte bei den Gesprächen in Washington Einmütigkeit darüber, daß bei den nun folgenden "Dreiergesprächen" (Washington - London - Bonn) über diese Frage nicht nur die finanziellen Probleme erörtert werden sollen, sondern auch die Probleme der NATO-Strategie, der Abrüstung und der Sicherheit in Europa. Auch in diesem Falle sind langfristige Planungen erforderlich, deren Ziel es ist, immer deutlicher die Akzente auf eine den Frieden fördernde und sichernde Politik zu setzen.

Will man den kurzen Besuch Brandts in den USA zusammenfassend werten, dann darf - ohne Übertreibung - gesagt werden:

Die neue Bundesregierung, diesmal vertreten durch ihren Vizekanzler und Außenminister, hat in den Vereinigten Staaten durch die klare Vertretung der deutschen Interessen das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik weiter gefestigt. Sie hat volles Verständnis und Zustimmung für ihre Bemühungen gefunden, durch eine konstruktive Politik auch gegenüber den osteuropäischen Staaten einen Beitrag zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Ihre Bemühungen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Paris und Bonn werden in den USA als ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Vereinigung Europas gewertet. Auch die aktive Mitarbeit der Bundesrepublik bei den Vorbereitungen zum Beitritt Englands und anderer Staaten zur EWG werden in den USA lebhaft begrüßt und ebenfalls im Rahmen der allgemeinen Bemühungen gesehen, die dazu führen sollen, daß - wie es Kennedy ausdrückte - "Europa eines Tages mit einer Stimme spricht".

Weg mit den "Reptilienfonds" !

Auch hier muß die neue Regierung Klarheit schaffen.

Von Joachim Raffert, MdB

Was wird unter der Regierung der Großen Koalition aus dem bisher unstrittensten Posten des Bundeshaushaltsplanes, dem Titel 300 im Etat des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung? Er sollte gestrichen werden.

Das ist nicht einfach so dahergesagt. Es wäre vielmehr die logische Konsequenz aus dem Streit, den die bisherige Opposition mit den wechselnden Regierungen Adenauer und Erhard über diese Mittel "zur Verfügung des Bundeskanzlers für Förderung des Informationswesens" jahrelang führen mußte. Dreizehn Millionen DM deren Verwendung außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle lag und liegt, sind auch im Vergleich zu den mehr als 400 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Bundeshaushalt keine Kleinigkeit. Der Verdacht, hier würden dunkle Geschäfte gemacht, mehr oder weniger verschleierte Posteckungsgelder gegeben, zwielichtige Organisationen gefördert wird sich auch dann nicht aus der Welt schaffen lassen, wenn man weiß, daß nunmehr nicht nur Günstlinge der früheren Kanzlerpartei davon profitieren könnten.

Der Hinweis auf den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Kontrolleur verfährt nicht. Präsident H o p f hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er sein Kontrollrecht keinesfalls persönlich ausüben könne, sondern sich vielmehr untergeordneter Organe bedienen und auf deren Berichte stützen. Diese Amtsräte und höhere Ministerialbeamte wissen also längst, was sämtlichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages bisher zu wissen verwehrt ist: Wer wieviel Geld aus diesem Topf bekommen hat.

Als scheinbar einfachste Lösung bietet sich zunächst der

Vorschlag an, ähnlich wie beim Bundesnachrichtendienst, die Prüfung einem kleinen Unterausschuß des Haushaltsausschusses zu überlassen, der auf besondere Geheimhaltung verpflichtet ist. Aber hieße das nicht, dem was mit dem Titel 300 getan worden ist und zu tun möglich wäre, zuviel Ehre antun? Können diese Gelder nicht genau so behandelt werden wie alle anderen Ausgaben im Bundeshaushalt?

Sie können es - und soweit sie es nicht können, muß vor dem Beweis des Gegenteils angenommen werden, es handele sich um gesetzeswidrige Ausgaben. Was im Rahmen der geltenden Gesetze gegeben wird, kann offen in anderen Titeln ausgewiesen werden.

Die Streichung des Titels 300 heißt daher nicht, die gesamten dreizehn Millionen DM könnten eingespart werden. Einiges davon - etwa unausweichliche Ausgaben für die aktuelle politische Information im Ausland - wäre bei entsprechenden, der allgemeinen Kontrolle unterliegenden Positionen zu veranschlagen. Alles in allem dürfte nicht mehr als rund zwei Millionen DM aus dem wegfallenden Titel 300 gebraucht werden.

Kein ernsthaftes Argument ließe sich auch dagegen anführen, wenn dann der zweite 300-er Titel im Haushalt des Bundeskanzleramtes (0401/300) um den Betrag erhöht würde, der tatsächlich für im Interesse der Bundesrepublik so geheim wie möglich zu haltenden Bewilligungen ausgegeben werden muß: Vielleicht noch einmal eine Million DM. Blieben zehn Millionen DM, die bisher in Bereiche gingen, deren Förderungswürdigkeit wahrscheinlich mit Recht nicht nur von oppositionellen Parlamentariern bezweifelt worden ist.

Diese zehn Millionen sind der beim Fortfall des Titel 300 im Bundespresseamt freiwerdende Betrag. Was kann mit ihm geschehen?

Auszufüllende Lücken im Bundeshaushalt gibt es genug. Die Hälfte aber sollte auf jeden Fall echt eingespart werden. Über den Rest ließe sich reden. Als sinnvoller Verwendungszweck für Gelder, die bisher in dunkle oder mindestens verdunkelte Kanäle geflossen sind, käme z.B. der Titel infrage, aus dem hochbegabte Studenten

"Profil sucht man nicht, man hat es!"

Kiesinger stach in Oberhausen in ein Wespennest

et - Kurt-Georg Kiesingers sarkastisches Wort "Profil sucht man nicht, man hat es!" wurde auf dem Oberhausener Landesparteitag der CDU Rheinland nur mit geringem Beifall, dafür aber mit um so größerer Verlegenheit zur Kenntnis genommen. Auf der Parteitage-Vorsitzertank, die so prominente Politiker wie die Bundesminister Lücke, Dr. Schröder und Dr. Heck sowie den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Meyers und seine früheren Minister Grundmann, Lemmer, Professor Dr. Mikat und Pütz aufwies, rührten sich nur einige Hände, obwohl man wenige Minuten zuvor den Kanzler bei seinem Einzug in den Stadthallensaal stehend mit langanhaltendem Beifall begrüßt hatte.

Kiesinger hatte aber auch mitten in ein Wespennest hineingestochen, denn die 322 Delegierten der rheinischen CDU, des mitglieder- und finanzstärksten Landesverbandes der ganzen Union, hatten vorher von allen Rednern die Notwendigkeit eingebläut bekommen, der CDU angesichts der Großen Koalition in Bonn mit allen verfügbaren Mitteln ein Profil zu verschaffen, damit der wohlfröhliche Bürger in den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen auch wirklich wüßte, warum er den CDU-Kandidaten seine Stimmen geben sollte.

Wenngleich sich Dr. Meyers beispielsweise gegen den Verdacht einer "Profilneurose" abschirmte, so ließen die energisch vorgebrachten Forderungen nach einem Aktionsprogramm, nach einem Generalsekretär, nach Mitgliederwerbung (diese mitgliederstärkste rheinische CDU hat mit 62 448 Listenmitgliedern nur weniger als ein Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung des volkreichsten Landes organisatorisch erfaßt!), nach mehr Geld und nach mehr Propaganda doch ganz klar werden, daß der CDU die geänderte Lage in Bund und Ländern recht heftig zu schaffen macht.

So fand Dr. Heck den meisten Beifall für jene Passagen seiner Aufpulverungsrede, in denen er der CDU für beide Rollen, Regie-

rungsparterie und Opposition, den Vorrang zusprach: "In Düsseldorf sind wir die bessere Opposition, obwohl wir uns besser fürs Regieren eignen, und in Bonn wollen wir beweisen, daß wir die solide, die tüchtige und die bessere Regierungspartei sind!"

Dieses so inständige Bemühen um Selbstbestätigung, das die CDU über die auch von Kiesinger deutlich hervorgehobenen "Gefahren" der Großen Koalition in Bonn hinweg in neue und so heiß ersehnte Wahlerfolge hineinführen soll, beherrschte das Oberhausener Parteitreffen, das übrigens der erste CDU-Parteitag war, auf dem Kiesinger als Kanzler gesprochen hat. Dieses zugleich Verbündet- und doch Getrenntsein, dem sich die Parteien der Großen Koalition in Bonn gegenübersehen, verlange von der Parteiführung, so betonte der Kanzler, eine kluge und behutsame Lenkung und von dem einzelnen Parteimitglied ein nicht unerhebliches Maß an gescheiter Disziplin, wobei sich bei Beschlüssen die unterlegene Minderheit zu fügen habe. Kiesinger war energisch genug, hier auch gleich das Problem des Mehrheitswahlrechtes anzusprechen, für das er sich entschieden aussprach, obwohl es, wie er einräumte, in der CDU Unbehagen auslöse. Der Landesparteitag war vorher wie die Katze um diesen heißen Brei herumgegangen und hatte es nur sehr behutsam angesprochen.

Man war überhaupt insgesamt sehr behutsam, so daß auch die Vorstöße der Jungen Union am Ende doch in recht weichen gefaßten Beschlüssen steckenblieben. Sogar die lauten Panfaren von Dr. Meyers für die Trennung der Posten des Kanzlers und des Parteivorsitzenden, die zunächst starken Beifall gefunden hatten, verklungen im Verlauf des Parteitages immer mehr. Schließlich hatte man auch hier einen verbindlichen Ausweg gefunden: In dem Vorschlag nach Einsetzung eines hauptberuflichen Generalsekretärs als Hauptmitarbeiter des Parteichefs, den er, zwar von diesem angeleitet, eben doch weitgehend von der Parteiarbeit entlasten würde. Dann könnte natürlich auch der neue Kanzler wieder Parteivorsitzender sein.

Man wird im Mai in Braunschweig sehen, ob Kiesinger bis dahin die in Oberhausen geschlagene Bresche erfolgreich nützen konnte

Architekt moderner Sozialpolitik

Zum 70. Geburtstag von Professor Ludwig Preller

HR - Professor Dr. Ludwig Preller, von 1951 bis 1957 sozialdemokratisches Mitglied des Deutschen Bundestages und langjähriger Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, wurde am 16.2. 1897 in Burgstädt bei Chemnitz geboren. Nach mehrjähriger Arbeit als Bergmann unter Tage und einem nationalökonomischen Studium war er einer der ersten Volkswirte in Deutschland, der zum Dienst als Gewerbeaufsichtsbeamter zugelassen wurde. In dieser Eigenschaft war er zunächst in sächsischen Gewerbeaufsichtsämtern, dann als Referent im Reichsarbeitsministerium und später im sächsischen Arbeitsministerium tätig.

Noch während seines Studiums im Jahre 1920 trat er der SPD bei. 1922 wurde er als Bergarbeiter Mitglied der freien Gewerkschaften. In Berlin lernte er Theodor Leipart kennen. Prellers Zusammenarbeit mit den führenden Kräften im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund führen ihn vom Arbeitsschutz zur Sozialpolitik. Zahlreiche fachwissenschaftliche Veröffentlichungen entstanden in dieser Zeit.

Der Sturz der Republik im Jahre 1933 bedeutete auch für ihn das Ausscheiden aus dem Staatsdienst. Er versucht, anonym an einer sozialpolitischen Zeitschrift mitzuarbeiten und wird bald darauf Angestellter in einer Textilfirma. Die ihm wie vielen anderen aufgezwungene Pause nutzt Preller, um Material für eine umfassende Darstellung über die sozialpolitische Entwicklung der Zeit von 1848 ab zu sammeln. Bedauerlich ist, daß das Resultat dieser Arbeit durch die Kriegereignisse vernichtet wurde. Die geretteten Materialien fanden ihren Niederschlag in dem zur Standardliteratur gehörenden Band "Sozialpolitik in der Weimarer Republik".

1946 wurde Ludwig Preller der Leiter der Abteilung Sozial- und Kulturpolitik im Süddeutschen Länderrat. Im Jahre 1948 sehen wir ihn als Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in der sozialdemokratischen Regierung in Schleswig-Holstein. Sein Wirken für die Jugend im Rahmen des Jugendaufbauwerks war beispielhaft.

Die Berufung zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD im Jahre 1950 gibt Preller Gelegenheit zusammen mit seinen Freunden in diesem Ausschuß die "Grundlagen für einen sozialen Gesamtplan der SPD" zu erarbeiten. Die Grundzüge dieser Arbeit fanden schließlich Eingang in das Dortmunder Aktionsprogramm der SPD. Mit Recht darf festgestellt werden, daß die Forderung nach einer umfassenden Sozialreform im Sinne einer sozialen Neuordnung nicht zuletzt von hier aus in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gelangte.

Wenn heute im Zusammenhang mit der Neuorientierung der Sozialpolitik vom Gedanken der "Vorteilung" oder vom "Rechtsanspruch auf Leistung" ausgegangen wird, dann ist dies sicherlich auch auf das Wirken von Ludwig Preller zurückzuführen. Wer Sozialpolitik als ein lästiges Übel, als eine Kostspieligkeit, die man sich nicht mehr leisten könne, betrachten will, tut gut daran, Prellers Aussagen über eine moderne Sozialpolitik nachzulesen, bei der - wie auch anderweitig festgestellt - es letztlich darauf ankommt, dem Einzelnen die Grundchance eines Lebens in eigener Verantwortung, in Gesundheit und Leistungsfähigkeit, als Persönlichkeit in der Gesellschaft, zu geben.